

Hamburger Abendblatt - Stormarn-Teil/Auszug vom 23.04.15

Politik Glinder sollen 45.000 Euro für Lärmschutz zahlen

René Soukup



Foto: René Soukup

Wollen mehr Lärmschutz als nur diese Holzwand: Dagmar Coordts (v. l.), ihr Ehemann Jürgen Coordts sowie Heinz und Christel Boller

Anwohner der Kreisstraße 80 sollen im Schnitt 45.000 Euro für neue Lärmschutzwand zahlen. Die Stadt Glinde trägt zehn Prozent der Kosten.

Glinde. Dagmar Coordts und ihr Ehemann Jürgen sowie die Nachbarn Christel und Heinz Boller wollen sie unbedingt. Denn seit Jahren sind die Glinder genervt durch Verkehrslärm. Nun könnten sie eine neue Lärmschutzwand bekommen. Doch der Preis dafür ist ihnen zu hoch. Mehrere Zehntausend Euro sollen sie bezahlen, um vor dem Krach der Kreisstraße 80, die nur wenige Meter unterhalb ihrer Grundstücke verläuft, besser geschützt zu werden. Eine alte Schutzwand reicht ihnen nicht aus. Die Verwaltung hat jetzt eine Kostenschätzung veröffentlicht und empfiehlt der Politik, eine 1,55 Millionen Euro teure Variante weiter zu verfolgen. Da die Stadt nur zehn Prozent der Kosten übernimmt, wären 31 Hauseigentümer im Schnitt mit rund 45.000 Euro dabei.

Bürgerinitiative glaubt dem Gutachten eines Verwaltungsjuristen nicht

"Wir werden aber nicht zahlen, da sind sich die Anwohner einig", sagt Coordts. Die 64-Jährige lebt seit 1976 in der Stübenkoppel – und damit länger, als es die Kreisstraße gibt. Sie ist eine von zwei Sprechern der Bürgerinitiative Lärmschutz K 80. Ihr Ziel sei weiterhin die Schaffung einer Schutzwand, ohne an den Kosten beteiligt zu werden. Das dürfte schwer werden, denn Anspruch auf den Bau einer solchen Wand haben die Bürger, die seit Jahren für ihr Anliegen kämpfen, nicht.

Die Initiative und die Stadt hatten bereits vor geraumer Zeit ein Gutachten erstellen lassen. Wer für den Bau eines neuen Lärmschutzes zahlen muss, konnte damals jedoch nicht geklärt werden, zu verworren war die Situation. Eigentümer der maroden Lärmschutzwand ist Glinde, finanziert wurde sie vom Kreis und der Stadt. Auf der einen Seite gab es einen Bebauungsplan, der einen fünf Meter hohen Lärmschutzwand vorsieht. Auf privatrechtlicher Basis zwischen Kreis und Stadt wurde jedoch eine Holzwand mit einer dünnen Dämmplatte erstellt, die an Coordts' Grundstücksgrenze gerade einmal hüfthoch ist und bei den Bollers rund 1,50 Meter misst. Vor dem Krach der Autos und Lastwagen schützt sie nicht wirklich.

Ein zweites Gutachten eines Verwaltungsjuristen, für das die Stadt rund 28.000 Euro zahlte, brachte dann Klarheit. "Aus dem B-Plan lassen sich keine Ansprüche auf Lärmschutz ableiten, weil er nichtig ist", sagt Glinde's Bürgermeister Rainhard Zug, der betont, dass der Bau einer neuen Wand eine freiwillige Leistung der Kommune sei. Coordts hat eine andere Sicht der Dinge. Sie zweifelt das Gutachten der Stadt an, sagt: "Auch wir haben uns beraten lassen. Unser Anwalt ist der Meinung, dass wir Ansprüche haben."

Ein Fachbüro hat die Kosten geschätzt

Christel Boller gerät bei diesem Thema in Rage. "Mit dem B-Plan ist das eine Frechheit", sagt sie. Überall werde für ausreichenden Lärmschutz viel gemacht, nur an jenem Standort nicht. Die 70-Jährige und ihr Mann müssten sogar mehr als 45.000 Euro zahlen, weil ihr Grundstück in der ersten Reihe liegt. Boller: "Diese Summe können wir nicht stemmen." Wie hoch sie genau ist, kann der Verwaltungschef nicht sagen. Nur so viel: "Es gibt noch viele Faktoren, die unsicher sind. Klar ist, dass individuelle Berechnungen nach Grundstückslage erfolgen." Die Summe mache ihm aber Angst, sagt Bürgermeister Zug.

Für die Kostenschätzung war ein Fachbüro zuständig. Es hat acht Varianten zu Papier gebracht, die zwischen 1,35 und 2 Millionen Euro kosten. Die von der Verwaltung präferierte Wand besteht aus Stahlblech-Elementen, ist rund 525 Meter lang und würde zwei bis drei Meter weiter in die Höhe ragen als derzeit.

Coordts hat die Bauausschussmitglieder, mit denen sie in regelmäßigem Kontakt steht, gebeten, in der Sitzung am heutigen Donnerstag um 19 Uhr im Marcellin-Verbe-Haus keinen Beschluss zu fassen – und stieß auf Wohlwollen bei den Fraktionen. Rainer Neumann, Fraktionsvorsitzender der CDU: "Wir werden keine Entscheidung ohne die Anwohner treffen." Hoffnungen, Zuschüsse zum Beispiel vom Land für das Projekt zu bekommen, hält der Politiker jedoch für "sehr vage". Wenn es keine Einigung gebe, bliebe alles so, wie es ist. Wolfgang Pohlmann (SPD) sagt, seine Partei werde nichts beschließen, solange es keine Vereinbarung zwischen Stadt und den Anwohnern gebe, die rechtlich abgesichert sei. "Ich befürchte, dass wir das Thema immer weiter in die Zukunft schieben."

Grüner hat Verständnis für Frust der Anwohner

Verständnis für den Frust der Anwohner hat Jan Schwartz, Ortsvorsitzender der Grünen: "Der Bürgerinitiative ist in der Vergangenheit übel mitgespielt worden. Die Stadt hat Fehler gemacht, und

die Anwohner müssen sie ausbaden." Einen Kompromiss zu finden, halte er für schwierig. Schwartz will prüfen lassen, ob es noch günstigere Alternativen gibt. Dass Glinde sich mit einem höheren Prozentsatz an den Kosten beteiligt, schließt der Politiker aus. "Dafür hat die Stadt kein Geld. Für mich fängt die Diskussion erst jetzt ernsthaft an."

Initiativensprecherin Coordts will nicht auf Konfrontationskurs gehen, sondern auch weiterhin den direkten Kontakt zu den Politikern suchen. "Wir haben ihnen schon in der Vergangenheit ein paar grundsätzliche Dinge erläutert, die vorher offenbar nicht angekommen sind." Sollten die Anwohner jedoch Beitragsbescheide erhalten, werde sie diese vom Verwaltungsgericht prüfen lassen. Und wenn gar nichts passiert? Dazu sagt Coordts: "Soweit will ich gar nicht denken."